

Lasst doch den Bundesräten Zeit zum Einarbeiten!

Veröffentlicht am 01. März 2004

Die gute Sitte, neuen Amtsträgern eine gewisse Schonzeit einzuräumen, ist offenbar auch in der Schweiz in Vergessenheit geraten. Zugegeben, die Ereignisse, und zwar sehr ernsten Ereignisse, überstürzen sich derart, dass sogar die professionellen Kritiker irgendwie in Panik geraten sind. Anders wäre die fast vom ersten Arbeitstag einsetzende, recht massive Kritik an den zwei neuen Bundesräten Merz und Blocher kaum zu erklären. Lassen wir ihnen doch Zeit zum Einarbeiten. Als ehemaliger Generalsekretär eines neu angetretenen Bundesrats (Ernst Brugger) weiss ich genau, was so alles getan werden kann, um einen „Neuen“ gleich von Anfang an, wie man in Basel so treffend sagt, „zu verheizen“. Bereits die Menge von Papieren, welche im Generalsekretariat jeweils für die wöchentlichen Bundesratssitzungen vorzubereiten waren, überstieg bei weitem das Fassungsvermögen der meisten in der Regel sehr hart, weit über 12 Stunden arbeitenden Bundesräte. Kein Zweifel, dass es auch heute noch so ist, oder bei der Komplexität und Dringlichkeit der Probleme noch schlimmer. Kein Wunder, dass da irgendein Papier, wie man so sagte, unters Eis gehen kann: aus mangelnder Sorgfalt oder sonst irgendwie. Das gilt besonders von den vielen Notizen, Aussprachepapieren und wie sie alle noch heissen. Wir Generalsekretäre legten jedenfalls Wert darauf, dass wichtige Fragen und die entsprechenden Papiere für den ganzen Bundesrat auf formellem Wege, schon wegen dem Mitberichtsverfahren, verteilt wurden.

Wenn alt Bundesrat Villiger die Frage der kalten Progression für das neue, in seiner Amtszeit erarbeitete Steuerpaket als wichtig empfand, dann hätte er vielleicht bereits bei dessen öffentlicher Bekanntgabe auf die Problematik hinweisen sollen: Jedenfalls hätte er sagen müssen, dass seiner Meinung nach die gesetzlich vorgesehene Abgeltung diesmal nicht möglich sein werde, wenn an der vorgesehenen Budget-Einsparung festzuhalten sei. Jedenfalls kann deshalb heute nicht einfach der Nachfolger dafür verantwortlich gemacht und der Puscherei beschuldigt werden.

Auch Bundesrat Blocher sollte Zeit zu Einarbeitung und einem sich Zurechtfinden gegeben werden. Auch ihm wäre eine Schonzeit zu gewähren. Es ist durchaus richtig, dass er versucht, auch die kleinen, leicht zu grossen Summen anwachsenden Spesen in den Griff zu bekommen. Das besonders seitdem es auch im Bundesdienst zur Sitte geworden ist, viel mehr als früher, an Ort und Stelle die zahllosen Probleme zu erledigen. Als erfahrener Unternehmer wird er rasch erkennen, dass im Endeffekt in den wenigstens Fällen Dienstreisen als Vergnügen empfunden werden. Wenn jemand schon im öffentlichen Dienst tätig ist, dann braucht es wegen der Tragweite und Komplexität der Probleme einen gewissen

Idealismus und viel Einsatzbereitschaft. Die Kritiker an Bundesrat Blocher sollten auch dafür Verständnis aufbringen und nicht versuchen mit einem Schlag zwei Fliegen zu treffen: einmal die in den meisten Fällen vorbildliche Arbeitseinstellung der Bundesbeamten und andererseits die Führungskapazitäten Blochers für ein öffentliches Amt (weil zu sehr privatwirtschaftlich gefärbt) in Frage zu stellen. Als Menschenkenner wird der neue Justizminister sicher schneller als mancher vom hohen *Piédestal* moralpredigender Star-Journalist oder sich als besonders sozial gebärdender Politiker erkennen, welches die faulen Eier und welches die zuverlässigen Beamten in seinem Departement sind. Aber auch er braucht dazu Zeit und etwas Ruhe.

Übrigens haben ihn ja viele Schweizer gerade für seinen manchmal harten, aber auch direkten und offenen Ton gewählt. Auch daran werden wir uns gewöhnen müssen, wie wir älteren es von Minger, Stampfli, Ritschard, Schaffner, Celio und Stich (um nur einige zu nennen) gewohnt waren. Die allzu voreiligen Kritiker sollte deshalb nicht nur den zwei neuen Bundesräten, aber auch den anderen Mitgliedern der obersten Landesbehörde, etwas mehr Zeit lassen und nicht sofort bei allem und jeden gegen sie losziehen. Wir alle, die sich regelmässig öffentlich zu Fragen unseres Landes äussern, sollten es als unsere Aufgabe betrachten, das Vertrauensverhältnis des Stimmvolkes zu seinen gewählten Vertretern und Magistraten zu fördern und nicht prinzipiell und bei jeder Gelegenheit in den Dreck zu ziehen. (permanentener Blick-Leser)